

Aviso

Informationen
aus der Deutschen Gesellschaft
für Publizistik und
Kommunikationswissenschaft

No. 20
November 1997

»Kommunikationsordnung 2000«

Das Strategiepapier der Bertelsmann-Stiftung wird kontrovers diskutiert.

Standpunkte von Hans J. Kleinsteuber, Peter Glotz und Martin Stock.

Nach Gießen, vor Mainz

Ein Rückblick auf die Jahrestagung der DGpuK

von Hans-Bernd Brosius;

kritische Anmerkungen der Fachgruppe Frauenforschung.

Kommunikations- und/oder Medienwissenschaft

Die Diskussion über das Selbstverständnis unserer Disziplin geht weiter: Joachim Westerbarkey, Peter Ludes und Georg Schütte sowie Gernot Wersig beleuchten den Zustand des Faches aus unterschiedlichen Winkeln.

Netzwerk

Claudia Dittmann-Kühn stellt das »Deutsche Institut für Filmkunde« in Frankfurt vor.

DGPuK-Arbeitsgruppen

Workshop »Theorien des Journalismus« der Fachgruppe »Journalistik und Journalistikforschung« im Januar; Jahrestagung des Arbeitskreises »Kommunikation und Politik« im Februar 1998.

Trend

Viele Medienwissenschaftler zeigen sich fasziniert vom Megathema Multimedia/Online. Zu Recht?

AVISIERT

Wie eigentlich entsteht Ordnung, wenn es um das gesellschaftliche Kommunikationssystem geht? Platons folgenreiche Vorstellung vom durchgreifenden Demiurgen hat in unserer unübersichtlichen Zeit keinen Bestand. Man spricht lieber von anwachsender Komplexität, die man nach Modellvorstellungen strukturieren oder für ein sich selbst organisierendes Chaos halten möchte. Der Titel des Bertelsmann-Grundsatzpapiers hat darum etwas bemerkenswert Anachronistisches: »Kommunikationsordnung 2000, Leitlinien der zukünftigen Kommunikationsordnung«. Doch wer soll was in welcher Weise ordnen?

In vielen politikwissenschaftlichen Antworten ist es die Staatspolitik, die als eine Art Übermutter für eine »gute Ordnung« sorgen soll, »die der moralisch-geistigen Natur des Menschen gemäß ist«, wie es einst D. Oberndörfer umschrieb.

Aus jener konservativ intonierten Grundmelodie hören wir die dem Ordnungsbegriff eigentümliche Dissonanz heraus: das Pathos der normativen Begründung und die Ignoranz gegenüber der Dynamik des Wandels.

Um diese Dissonanz geht es auch in unserer Diskussion des Bertelsmann-Papiers.

Sie, liebe Leser, finden in diesem Heft zwei Beiträge und ein Interview mit Kommissionsmitglied Peter Glotz. Alle drei Texte behandeln die Unvereinbarkeit, die zwischen der impliziten Forderung nach politischem Ordnungshandeln einerseits und der expliziten Forderung nach Ordnungsverzicht andererseits besteht.

Wir erhoffen uns, daß Ihnen die Beiträge als Anregung dienen, über eine wissenschaftliche Begleitung dieses Medienstrukturwandels auch in normativer Hinsicht weiterzudenken.

Platon jedenfalls hatte, wie man weiß, mit der normativen Begründung keine Probleme, sein Demiurg war ja der ordnende Weltbaumeister.

Was aber wäre, wenn unser heutiger global player in einer medienökonomischen Analyse als der ordnende Demiurg in Erscheinung träte?

Hinweise hierzu finden Sie in den Beiträgen von Hans Kleinsteuber und Martin Stock.

Ihr Michael Haller

Hans J. Kleinsteuber:

Ordnung in wessen Interesse?

Anmerkungen zum Grundsatzpapier
der Bertelsmann-Stiftung

Hans J. Kleinsteuber, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Hamburg, befaßt sich seit vielen Jahren mit dem Zusammenspiel von Medienpolitik und Medienökonomie in Europa und den USA. Hans J. Kleinsteuber ist außerdem Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Zukunft der Medien«, die Anfang 1996 ihre Arbeit aufnahm.

»Die übergreifende ordnungspolitische Aufgabe besteht angesichts konvergierender Techniken und neuer Möglichkeiten ihrer Nutzung in einer Kommunikationsordnung, deren Teile sich in eine harmonische Gesamtordnung einfügen, die ihrerseits mit der Wirtschaftsordnung vereinbar ist.« (Bertelsmann-Stiftung: Kommunikationsordnung 200, Seite 15)

Stiftungen, so lautet eine traditionelle Zweckbestimmung, dienen »frommen, wohlthätigen und gemeinnützigen« Zwecken (Brockhaus 1903). Wer die Homepages der großen US-Stiftungen durchforstet, findet dies bestätigt. Immer wiederkehrende Begriffe sind Philanthropie, Non-Profit oder Nongovernmental Organizations. Dies charakterisiert die Grundhaltung, aus der heraus sie ihr berechtigt hohes Ansehen beziehen. Die Ford Foundation erwarb sich einst Meriten bei dem Aufbau eines nicht-kommerziellen Public Television, Rockefeller sorgt sich heute um das hungernde Afrika und italienische Kunst, Ted Turner (CNN) widmet sich dem Schutz des planetarischen Überlebens. Schauen wir, wie sich die Stiftung des größten Medienhauses in Europa dazu stellt.

Das von der Bertelsmann-Stiftung vorgelegte Grundsatzpapier mit dem Untertitel »Leitlinien der zukünftigen Kommunikationsordnung« wurde beraten durch eine »hochrangige Arbeitsgruppe von Politik, Medien und Wissenschaft«. Die Federführung lag bei Ernst-Joachim Mestmäcker. In der Gruppe vertraten Ministerpräsident Kurt Biedenkopf und Alt-Parlamentarier Peter Glotz die großen Parteien, die Professoren Jo Groebel und Mestmäcker die Wissenschaft. Der Bereich Medien ist neben ZDF-Intendant Dieter Stolte vor allem von Personen repräsentiert, die in der einen oder anderen Weise dem Hause Bertelsmann verbunden sind: der Journalist Johannes Gross und die »Manager« Manfred Lahnstein, Reinhard Mohn und Mark Wössner.

Zur Zielsetzung heißt es, es gehe um »die Erarbeitung von zukunftsweisenden Leitlinien für eine Ordnung der Kommunikationsmärkte, die im Einklang mit der Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung steht und der Sicherung der Gesellschaftsverträglichkeit der Medien und ihrer Angebote dient«. (S. 7)

Kommunikationsordnung oder Ordnung der Kommunikationsmärkte? Wohl eher letzteres. Ausgehend von den neuen technischen Möglichkeiten (Teil I) in der (wieder einmal bemühten) Informationsgesellschaft und den resultierenden Konvergenzen (Teil II) werden Grundsätze für eine (angestrebte) Kommunikationsordnung formuliert. Die ordnungspolitische Entscheidung folgt der Grundlinie »die Kommunikationsordnung muß sich in die Wirtschaftsordnung einfügen...« (S. 13), was freilich »keine Priorität wirtschaftlicher Ziele über anders geartete verfassungspolitische oder gesellschaftliche Werte« (S. 13) bedeute – aber wohl auch keine Nachrangigkeit.

Die gegenwärtige Kompetenzordnung zwischen Bund und Ländern wird scharf kritisiert, »unauflösbare Zuständigkeitsknäuel« (nach Glotz zitiert) und mediale Teilordnungen behindern nur und sollen beim gleichzeitigen Abbau von Regulierungen vereinheitlicht werden. Offensichtlich kann man sich auch eine Situation ganz ohne Regulierungsbehörde vorstellen (S. 32). Ohne zu sehr in Einzelheiten der vorrangig wettbewerbsrechtlich und volkswirtschaftlich geführten Erörterung zu gehen (Mestmäckers Handschrift), so klingt die zentrale Botschaft doch unüberhörbar: Der Markt wird es schon richten.

Als das große Vorbild wird der anfangs 1996 in den USA verabschiedete Telecommunications Act immer wieder zitiert. (Nur am Rande sei erwähnt, daß vor seiner Verabschiedung viele »Public Service-Groups«, darunter natürlich auch Stiftungen, für weniger Kommerz Lobby betrieben.) Tatsächlich wurde dort ein digitales »Jeder-Gegen-Jeden« entworfen, freilich mit einer Fülle neuer Ermächtigungen für die Aufsichtsbehörde FCC, um den sich verschärfenden Wettbewerb fair zu halten. Re-Regulierung ist das Stichwort, und manche behaupten, daß die FCC in ihrer mehr als sechzigjährigen Geschichte nie machtvoller gewesen sei. Die zentrale Botschaft lautet, daß Regulierung zur Sicherung des Wettbewerbs unumgänglich bleibt. Sonst hätte man sicherlich bei dieser Rundum-Modernisierung der Kommunikationsgesetzgebung getan, was seinerzeit als Vorschlag auf dem Tisch lag, nämlich die FCC einfach abgeschafft.

An der vorhandenen Regulierung in Europa läßt das Papier – wie es derzeit im Trend liegt – kaum ein gutes Haar. Dies ist gut zu verstehen, verdeckt freilich die Erinnerung daran, daß sie nicht zuletzt auf Forderung der Kommunikationsindustrien so entstanden war. Deren Schwäche war, deutlich gesagt, gewollt und hat die riesigen Veränderungen erst ermöglicht. Mal ehrlich: In Europa gibt es keinerlei effektive Aufsicht über die brisanteste aller verfügbaren Technologien, die Satelliten, wie sie die FCC ausübt. Der Quasi-Monopolist ASTRA hat hier freies Feld. Oder: Im »freien« Fernsehen laufen bei uns Erotik-Filme, die in den USA die sofortige Schließung des Senders zur Folge hätten. Der Schluß liegt nicht fern, daß in der Summe die regulative Dichte bei uns keineswegs höher ist als jenseits des Atlantik. So verwundert auch wenig, daß bei uns von Konzentrationskontrolle à la Amerika nichts zu hören ist.

»Ein aufschlußreiches Lehrstück dafür, wie sich die Erfordernisse des Marktes ... durchsetzen« (S. 33)

habe die Konzentrationskontrolle des alten Rundfunkstaatsvertrags mit seinen Bestimmungen über Höchstbeteiligung geboten. Folgerichtig wird das neue Marktanteilsmodell des novellierten Vertrags begrüßt. Aber war es der Markt, der da wirkte? Oder nicht eher die beiden »Senderfamilien«, die beachtliche Geschmeidigkeit zeigten, wenn die alten Bestimmungen zu umgehen waren? Um einmal grobschlüchtig zu argumentieren: Eine Konzentrationskontrolle, welche der größte Medienkonzern Europas begrüßt, muß ihren Zweck verfehlt haben. Die kürzlich umfassend gelockerten Bestimmungen lassen die Marktbeherrschung durch zwei Senderfamilien, europäisch vernetzt, zu. Eine derartige Konzentrationskontrolle ist zur entleerten Formel geworden.

Noch einmal der Vergleich mit den USA: Dort sind die Vorschriften der FCC und der Antitrustgesetze in Sachen Marktbeherrschung ungleich einschneidender als bei uns. Nach wie vor ist z.B. die Zahl der TV-Haushalte begrenzt, die ein einzelnes Unternehmen per lizenziertem Sender erreichen darf. Die Akteure sind zwar mitunter riesengroß wie in Europa, aber keiner der Medienteilmärkte wird von so wenigen Unternehmen beherrscht. Das sich bei uns abzeichnende Monopol bei Einführung des digitalen Fernsehens würde umgehend die Antitrust-Wächter im Justice Department aktivieren.

Etwas verdutzt liest man einen eigenen Teil V im Grundsatzpapier zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten (zumal ein vergleichbarer zu den privat-rechtlichen GmbH & Co KGs fehlt). Dort werden Komplimente gemacht, die jeden Intendanten schamvoll erröten ließen. Der Kern des öffentlich-rechtlichen Auftrags »liegt in der ständigen Erneuerung des kulturellen und sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft« (S. 23). Schmeichelnde Formeln wie »Gesellschaftsgespräch« und »Rundfunk für alle« werden bemüht. So viel Freundlichkeit läßt Verdacht aufkommen. Zu Recht: Zum Ende hin folgen die handfesten Forderungen (für die auch der ZDF-Intendant einvernommen wird) wie: kein Teleshopping, Pay-TV nur unter kaum einhaltbaren Voraussetzungen. Und ganz konkret: »Eine Beteiligung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten vor allem an den durch individuelles Entgelt finanzierten neuen Diensten erscheint derzeit weder für ihren Auftrag unerlässlich noch notwendig...« (S. 25). Das heißt in klarem Deutsch: Ausschluß von wesentlichen Zukunftsmärkten wie Pay-Per-View, Video-On-Demand, Online-Diensten gegen Bezahlung, die schon in einigen Jahren die Medienmärkte entscheidend prägen werden. Insgesamt scheinen mir entschieden zuviel hauseigene Interessen in das Stiftungspapier verpackt. Und auch VPRT-Positionen, freilich eloquenter präsentiert, als es der VPRT selbst vermag.

Das gilt bis auf einzelne Passagen des Papiers, die durch Schlichtheit auffallen. »Die gefunkte Zeitung bleibt eine Zeitung« lernen wir, oder »der Mietvertrag über ein Hotelzimmer, das im Fernsehen angeboten wurde, folgt weiter den Normen des bürgerlichen

Rechts« (S. 10). Wo, bitte, kann ich die gefunkte Zeitung abonnieren und in welchem TV-Programm das Quartier bestellen? In den Zeiten von Konvergenz und Digitalität haben wir alle Schwierigkeiten, zukünftige Entwicklungen zu antizipieren. Aber sind dies nicht allzu simple Extrapolationen in die Zukunft?

Im Hause Bertelsmann sind oft Ausgewogenheit und Pluralismus beschworen worden. Das ist begrüßenswert, und sie gelten auch für dieses Papier. Im Teil VII (Gesellschaftliche Verantwortung) – der wohl auf eine andere Autorenschaft als davorliegende Teile zurückgeht – wird dies überdeutlich. Zuvor wurde Technik vor allem als Sachzwang dargestellt (»Ubiquität der Technik«, »die neue technische Vielfalt«), die dem Marktmechanismus zu unterwerfen sei.

Hier wird nun einiges problematisiert: Es bedarf »der gesellschaftsverträglichen Gestaltung der Medien« oder »Die Medienentwicklung birgt auch Risiken«. (S. 35f.) Aufgelöst werden die erkennbaren Widersprüche nicht. Freilich bleibt das Gefühl, daß in den Wirtschafts- und Rechts-Teilen des Papiers die harten Forderungen gestellt werden; hier dagegen, wo die Bindungswirkung fehlt, wird folgenlos an Verantwortung, Ethik und Selbstregulierung appelliert.

Zu den Stichworten »Unternehmensverantwortung, Selbstkontrolle und journalistische Ethik« findet sich manch Bedenkenswertes. Freilich auch hier wieder Ambivalenzen: Unternehmensverantwortung gelinge nur, wenn »umfassende(r) verlegerische(r) Verantwortung« (S. 38) übernommen werden könne. Also der alte Verlegerstandpunkt in neuer Verpackung? Ein »Code of Practices« wird erwogen. Da wäre nicht schlecht, was die American Society of Newspaper Editors bereits 1923 beschloß, nämlich Selbstbindung in einem »Canon of Journalism«? Aber dann müßten Verleger endlich aktiv werden.

Ethik jedenfalls scheint in diesem Papier einmal mehr als ausschließliches Problem von Journalisten. Es macht doch mißtrauisch, wenn vom angestellten Redakteur ethisches Verhalten eingefordert wird, der auf die tägliche Jagd nach verkäuflichen Sensationen geschickt wurde. In den USA begann die Ethik-Diskussion – siehe oben – einst als Selbstreflexion von Verlegern. Joseph Pulitzer schrieb bereits 1904, daß ohne ethische Ideale eine Zeitung zur positiven Gefahr für die Gemeinschaft werden könne. So viel Distanz hätte auch in diesem Papier gut geklungen.

Ach ja, die Unternehmensverantwortung! Mein Vorschlag wäre, mit der hauseigenen Stiftung anzufangen. Die Ford Foundation hat sich nie zur Verkehrspolitik geäußert. Mehr noch, in Demonstration ihrer Autonomie hat sie vor vielen Jahren die letzten Aktien der Ford Motor Company aus ihrem millionenschweren Portefeuille verbannt. Das war ihrer Glaubwürdigkeit dienlich. Ethische Selbstbindung beginnt eben immer im eigenen Haus. Und in den USA gibt es mehr zu lernen als nur Deregulierung. ■

»Der Deregulierung der Telekommunikation kommt für die Entwicklung der elektronischen Medien und der neuen Teledienste (...) ausschlaggebende Bedeutung zu. Die verbleibenden Regulierungen konzentrieren sich in den USA auf die Sicherung des Zugangs zu den privat installierten und betriebenen Kommunikationsnetzen und Kommunikationsdiensten.« (Bertelsmann-Stiftung: Kommunikationsordnung 200, Seite 27f.)

»Ich weiß nicht, an welcher Art Lobbyismus ich Anstoß nehmen sollte«

DGPuK-Mitglied Peter Glotz über Ziel und Zweck der Arbeitsgruppe »Kommunikationsordnung 2000« sowie über seine eigene Rolle als Kommissionsmitglied.

»Herr Biedenkopf hatte gemeinsam mit Edmund Stoiber die ARD mit ein paar radikalen Vorschlägen ganz schön durcheinandergebracht.«

Aviso: Herr Glotz, Sie haben in der von Bertelsmann sicherlich nicht uneigennützig geschaffenen Arbeitsgruppe für eine »Kommunikationsordnung 2000« mitgearbeitet. Auf was kam es Ihnen dabei an?

Glotz: Sinn und Zweck unserer Arbeit war es, einen neuen Konsens über die Existenz sowohl der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wie auch des dualen Systems zu erzielen. Wir waren eine sehr gemischte Gruppe: Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, Reinhard Mohn und Mark Wössner als Eigner und als Vorstandsvorsitzender des drittgrößten Medienkonzerns der Welt, dann Johannes Gross, ein sicher neoliberaler Wirtschaftsjournalist, weiter: Dieter Stolte als Intendant des ZDF und ich als Sozialdemokrat sowie der Kollege Jo Groebel als Wissenschaftler. Wenn eine gesellschaftspolitisch so bunte Mischung eine These aufstellt, dann hoffe ich, daß das politische Auswirkungen hat. Und diese wollten wir erzielen.

Aviso: Kam es innerhalb dieser heterogenen Gruppe tatsächlich zum Konsens?

Glotz: Sie werden sich erinnern, daß vor einiger Zeit Herr Biedenkopf gemeinsam mit Edmund Stoiber die ARD mit ein paar radikalen Vorschlägen ganz schön durcheinander brachte. Jetzt hat er erklärt, daß er die Existenz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten für unverzichtbar hält. Das halte ich für einen großen Fortschritt.

Aviso: Das duale System ist doch längst fest installiert. Geht es bei der Neuordnung nicht viel mehr um die neuen Medien?

Glotz: Kommunikationspolitik geht vom Bestehenden aus. Das Verhältnis zwischen privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten muß im Hinblick auf die völlig neuen Entwicklungen in den Bereichen Pay-TV, Pay-for-view, Internet usw. geregelt werden: Welche Lösungsmöglichkeiten stellen wir uns für die Zukunft vor? Hierzu wollten wir Positionen erarbeiten, die möglichst konsensfähig sind.

Aviso: Das Thesenpapier fordert eine weitergehende Deregulierung der Online-Medien im Interesse des Wettbewerbs der Medienunternehmen. Schlagen hier

die Unternehmensinteressen des Medienmultis Bertelsmann durch?

Glotz: Vermutlich kommen die hier zum Ausdruck, aber es handelt sich ja nicht nur um Bertelsmann, sondern um die Interessen aller. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es Sinn macht, wenn Lizenzierungsverfahren für digitales Online-TV durch die Landesmedienanstalten Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein erfolgen. Es handelt sich doch um Individualkommunikation. Und da glaube ich, ist in der Tat maximale Marktfreiheit notwendig.

Aviso: Diese Sicht entspricht haargenau den Interessen des Medienmulti Bertelsmann.

Glotz: Vor welchen Interessen des Bertelsmann-Konzerns fürchten Sie sich denn?

Aviso: Bertelsmann als weltweit drittgrößter Medienmulti hat ein Interesse daran, sich Märkte zu öffnen und zu sichern. Und dies wäre medienpolitisch doch sehr folgenreich.

Glotz: Man muß Bertelsmann mit seiner spezifischen Unternehmenskultur unterscheiden von Unternehmen wie die Kirch-Gruppe und Axel Springer. Ich erinnere an die Auseinandersetzung, als Kirch verlangte, den Chefredakteur der »Welt« zu feuern, weil der einen bestimmten Kommentar ins Blatt hat einrücken lassen.

Ich kann mich an keinen Fall dieser Art im Haus Bertelsmann erinnern. Ich weiß aber auch nicht, an welcher Art von Lobbyismus oder Interessenartikulation des Hauses Bertelsmann ich Anstoß nehmen sollte. Selbstverständlich haben Herr Mohn und Herr Wössner Unternehmensinteressen. Aber ich habe keiner Entscheidung zugestimmt, die ich nicht hätte verantworten können.

Aviso: Waren Sie in wichtigen Fragen auch mal anderer Meinung als die Kommissionsmehrheit?

Glotz: Ja. Um ein Beispiel zu nennen: Ich hatte vorgeschlagen, Bundeskompetenzen und Landeskompetenzen in einer Art federal communications commission zu kombinieren. Ich halte dies für sinnvoller als die jetzigen Regeln, die sich ja immer noch am überkommenen Rundfunkbegriff festklammern, der durch die technische Entwicklung aufgelöst wird.

»Die Frage lautet: Was ist eigentlich die mediale Grundversorgung? Wer nimmt diese Grundversorgung wahr?«

Diese Empfehlung steht im Bericht in Klammern, weil sie nicht von allen geteilt wird.*

Aviso: *Welche Gefahren sehen Sie, die mit dem Papier gemindert werden könnten?*

Glottz: Eine Hauptgefahr sehe ich darin, daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten auf Dauer nicht genügend Zustimmung im Publikum finden und immer geringere Gebühren erhalten. In der Folge würde die Bedeutung der öffentlich-rechtlichen Anstalten zurückgestuft, und dies sollte vermieden werden. Die Basis, auf der die Rundfunkanstalten stehen, sind Gesetze, die auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhen. Wie lange der tragfähig bleibt, ist offen.

Aviso: *Welche Bedeutung haben die Thesen zur »Kommunikationsordnung 2000« für die Medienforschung?*

Glottz: Die Bertelsmann-Stiftung hat die Folgerung aus dem Papier gezogen, daß eine große empirische Forschung anzustellen sei zum Thema Grundversorgung, dem Leitbegriff des Verfassungsgerichts, der sich auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten bezieht. Was bedeutet der heute und in Zukunft? Diese Forschungen führen die Kollegen Groebel, Mestmäcker und ich für die Bertelsmann-Stiftung durch.

Aviso: *Was genau werden Sie da forschen?*

Glottz: Die Frage lautet: Was ist eigentlich Grundversorgung? Man muß die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts analysieren, und zudem empirisch untersuchen: Wer nimmt diese Grundversorgung eigentlich wahr? Wir werden also erstens mit den GfK-Daten arbeiten, zweitens eine Befragung durchführen und drittens eine große Inhaltsanalyse machen. Dann werden wir diese Daten zueinander in Beziehung setzen. Es soll daraus eine neue Debatte über das Thema Grundversorgung hervorgehen.

Aviso: *Möchten Sie den Begriff Grundversorgung abschaffen?*

Glottz: Nein, aber vielleicht durch den weniger belasteten Begriff des »universal service« ersetzen.

Die Fragen stellte Wolfgang Albus.

* Im Grundsatzpapier heißt es: »Geht man von der gegenwärtigen Zuständigkeitsordnung von Bund und Ländern aus, so ist die Zusammenführung der Zuständigkeiten für Rundfunk und Telekommunikation die weniger weitgehende Lösung. Dies setzt eine Verfassungsänderung voraus, welche die Regulierung der Kommunikation zu einer Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern erklärt (Vorschlag Peter Glottz). Dieser Weg kommt jedoch nur in Betracht, wenn und soweit man auf Dauer eine staatlich moderierte Kommunikationsordnung für notwendig hält.« (S. 32 f.).

Ausschreibung

Die Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) schreibt für das Jahr 1998 zum ersten Mal einen

Dissertations-Förderpreis der DGPK

aus. Er soll im Rahmen der 43. Jahrestagung der DGPK in Mainz (20. bis 22. Mai 1998) verliehen werden.

Ausgezeichnet werden sollen hervorragende Dissertationen, die einen wichtigen Beitrag für das Fach Publizistik- und Kommunikationswissenschaft liefern.

Die Arbeiten können entweder von den Kandidatinnen und Kandidaten oder vom jeweiligen Betreuer vorgeschlagen bzw. eingereicht werden.

Einsendeschluß ist der 31. Januar 1998.

Die Arbeiten dürfen zu diesem Zeitpunkt nicht älter als 2 Jahre sein (es zählt der – in der Regel auf der Promotionsurkunde vermerkte – Zeitpunkt, zu dem das Promotionsverfahren abgeschlossen wurde). Die Arbeiten sollten zusammen mit den entsprechenden Gutachten und einer maximal fünfseitigen Zusammenfassung eingereicht werden.

Der Preis ist mit einem Preisgeld von DM 4000.- verbunden.

Die Entscheidung trifft eine Preis-Jury, der folgende Personen angehören:

Prof. Dr. Ulrich Saxer, Zürich (Vorsitz),

Prof. Dr. Marie-Luise Kiefer, Wien/Oberursel

und Prof. Dr. Gernot Wersig, Berlin.

Die Arbeiten sind einzureichen bis spätestens **31.1.1998** bei

Prof. Dr. Günter Bentele

Erster Vorsitzender der DGPK

Institut für Kommunikations- und

Medienwissenschaft

Universität Leipzig

Augustusplatz 9

04109 Leipzig

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Publizistik
und Kommunikationswissenschaft (DGPK)

»Kommunikationsordnung 2000« und ihre rechtspolitischen Konsequenzen

Medienpolitischer Zeitgeist

Martin Stock, Professor an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld, publizierte kürzlich den Aufsatz: Medienpolitik auf neuen Wegen – weg vom Grundgesetz? (In: Rundfunk und Fernsehen 1997, S. 141–172.) Der nebenstehende Beitrag ist ein überarbeiteter Auszug, der das Anfang 1997 herausgekommene Bertelsmann-Manifest »Kommunikationsordnung 2000« betrifft.

Das heutige deutsche »duale Rundfunksystem« – eine labile öffentlich-private Mischform und Symbiose – beruht rechtlich gesehen auf dem Rundfunkstaatsvertrag von 1991. Kürzlich ist dieser Vertrag in wichtigen Punkten geändert worden. Für den Privatrundfunk hat es 1996 eine Lockerung der Konzentrationskontrolle gegeben, welche dem gänzlichen Wegfall rundfunkrechtlicher Vielfaltsicherung nahekommt. Dergleichen wäre mit Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG in der Karlsruher Auslegung unvereinbar. Jedoch verliert die Verfassungsrechtsprechung neuerdings an Autorität und Akzeptanz.

Der kommerzielle Rundfunk dringt auf Deregulierung. Sein Einfluß erfaßt Medienpolitik und Mediengesetzgebung immer stärker. Das führt zu erheblichen Steuerungsproblemen und kann zu weiterer Destabilisierung des dualen Systems beitragen.

Im Vordergrund steht in dem Papier die 1996/97 ubiquitäre Globalisierungsthese, hier auf einen weltweiten kommunikationswirtschaftlichen Wettbewerb bezogen, in dem der Global Player aus Gütersloh möglichst stark werden will.

Solche industriellen Belange erfordern, wie beredt dargelegt wird, eine Verringerung der Regulierungsdichte. Also wird der deutschen verfassungsrechtlichen Tradition und dem nationalen Rundfunkrecht – dessen Zielsetzung nur noch undeutlich wahrgenommen wird – kurzerhand eine Absage erteilt. Rundfunkrechtliche Vielfaltsicherung und sonstige Qualitätsvorsorge stellt sich hiernach als lästige Fessel dar, die es abzustreifen gilt. Statt dessen »muß sich die Kommunikationsordnung in der Zukunft in die Wirtschaftsordnung einfügen« (vgl. These 4 und Grundsatzpapier S. 13ff.). Sie verträgt innerstaatlich nur noch einen länder- und medienübergreifenden lockeren rechtlichen Rahmen, ungefähr à la Presserecht (vgl. Grundsatzpapier S. 30ff. unter Hinweis auf Glotz).

Landesmediengesetze und Landesmedienanstalten sind nach diesem Papier überflüssig, kartellbehördliche Wettbewerbsaufsicht soll ausreichen. Das heißt: Programmrechtliche Bindungen und Lastenhefte wie diejenigen des Landesrundfunkrechts sollen durch innere Ethisierungen (»Codes of Practice« – vgl. Thesen Nr. 8 und Grundsatzpapier S. 38f.) ersetzt werden.

Externe gesellschaftlich-öffentliche Verantwortung und Kontrolle soll im übrigen durch eine »Unternehmensverantwortung« nach dem »Verlegerprinzip« abgelöst werden, zu der eine branchenspezi-

fische »Selbstkontrolle« hinzutreten soll (vgl. Thesen Nr. 9 und Grundsatzpapier S. 35ff.). Hier wird sich der Leser an das Konzept eines unabhängigen Medienrats erinnern, wie es 1994/95 von der sog. Mahrenholz-Kommission ausgearbeitet worden war (Jo Groebel u.a.: Bericht zur Lage des Fernsehens für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Gütersloh 1995, S. 12f., 187ff.).

Solche Fremdkontrolle tritt aber in der neuen Denkschrift zurück, sie soll wohl irgendwie in die Selbstkontrolle einbezogen werden. Einen »Pan-Kapitalismus« (vgl. Fredy Gsteiger, Die Zeit Nr. 11 vom 7.3.1997, S. 8, zu J.-F. Kahn) will man in Gütersloh nicht, wohl aber beansprucht man auf dem Gebiet der Kommunikations- und Medienverfassung eine quasi-staatliche postmoderne Machtfülle.

Und wie würde es hiernach dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ergehen? Ihm wird in dem internationalisierten marktwirtschaftlichen Design eine »Sonderstellung« zugedacht, die durch bestimmte kompensatorische Aufgaben gerechtfertigt sein soll: Er soll »der durch vermehrten Wettbewerb verursachten Reduktion des inneren Zusammenhalts« gesellschafts- und kulturpolitisch positiv-heilend begegnen, er soll das »Gesellschaftsgespräch« pflegen, identitäts- und konsensstiftend einspringen (vgl. Thesen Nr. 7 und Grundsatzpapier S. 23ff.). Man könnte auch sagen: Der Integrationsrundfunk soll dem Marktrundfunk lazarettmäßig hinterherarbeiten, er soll auch sonstige Globalisierungsfolgen abmildern, als Reparaturbetrieb tätig werden und loyalitätssichernd wirken.

Die so verstandene »Grundversorgung« soll es aber nur in dem jeweils vom Publikum gewünschten bzw. politisch definierten Umfang geben.

Das letzte Wort hätte dabei nicht mehr das Bundesverfassungsgericht, vielmehr wären ARD und ZDF auf das Wohlwollen des (paktierenden) politischen Staats existentiell angewiesen. Sie würden sich sozusagen auf offener Straße wiederfinden, umgeben von echten und falschen Freunden. Eine so angelegte Medienpolitik führt weg vom Grundgesetz in der Karlsruher Auslegung.

Martin Stock, Bielefeld

- Barth, Christof/Schröter, Christian** (Hrsg.): Radioperspektiven – Strukturen und Programme. Baden-Baden: Nomos-Verlag 1997 (Südwestfunk-Schriftenreihe, Bd. 3)
- Beck, Klaus/Vowe, Gerhard** (Hrsg.): Computernetze – ein Medium öffentlicher Kommunikation? Berlin: Spiess 1997
- Brehm-Klotz, Christiane/Hüther, Jürgen/Schorb, Bernd** (Hrsg.): Grundbegriffe der Medienpädagogik. München: KoPäd 1997
- Bresser, Klaus:** Das öffentlich-rechtliche Fernsehen im digitalen Dschungel. Eichstätt 1997 (Eichstätter Materialien zur Journalistik, Heft 10)
- Breunig, Florian:** Marktchancen des digitalen Fernsehens. München: Reinhard Fischer 1997 (Schriftenreihe des Medien Instituts Ludwigshafen, Bd. 6, Hrsg.: Brosius, Hans-Bernd)
- Donsbach, Wolfgang** (Hrsg.): Public Relations in Theorie und Praxis. München: Reinhard Fischer 1997 (Schriftenreihe des Medien Instituts Ludwigshafen, Bd. 4)
- Dorer, Johanna:** Frauen und Kommunikation. Markt, Trainerinnen und Teilnehmerinnen frauenspezifischer Kommunikations- und Persönlichkeitsseminare. München, Mering: Rainer Hampp Verlag 1997
- Fischer, Heinz-D./Fischer, Erika J.:** Einhundert Jahre Publizisten-Altersversorgung in Deutschland. Düsseldorf: ECON Verlag 1997
- Glotz, Peter** (Hrsg.): Baukasten zu einer Theorie der Medien. München: Reinhard Fischer 1997 (Bd. 8 der Reihe »ex libris kommunikation«)
- Gottberg von, Joachim/Mikos, Lothar/Wiedemann, Dieter** (Hrsg.): Kinder an die Fernbedienung. Berlin: VISTAS 1997
- Hömbert, Walter/Weber, Thomas:** Lebenshilfe in Massenmedien. Eichstätt 1997 (Eichstätter Materialien zur Journalistik, Heft 8)
- Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schulz, Wolfgang:** Hamburgisches Medienrecht. Berlin: VISTAS 1997 (Schriftenreihe der HAM, Bd. 17)
- Knobloch, Silvia:** PR-Erfolgskontrolle durch Zeitreihenanalyse. Eine Methode zur Bewertung von Public Relations-Maßnahmen. Berlin: VISTAS 1997 (Band 5 der Serie Öffentlichkeitsarbeit / Public Relations und Kommunikationsmanagement, Hrsg.: Bentele, Günter)
- Koch, Ursula E./Behmer, Markus** (Hrsg.): Grobe Wahrheiten – Wahre Grobheiten. Feine Striche – Scharfe Stiche. München: Reinhard Fischer 1997
- Kopper, Gerd G.** (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit. Entwicklung von Strukturen und Theorien. Berlin: VISTAS 1997 (= Informationskultur Europa, Bd. 1)
- Kress, Saskia/Neuberger, Christoph/Pfaffe, Thomas:** Kooperation und Konkurrenz. Neue Konstellationen auf dem Pressemarkt. Eichstätt 1997 (Eichstätter Materialien zur Journalistik, Heft 9)
- Löffelholz, Martin/Syed Talat Hussain:** Journalism Education in Pakistan. Problems and Solutions. Islamabad (Pakistan) 1996: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Maier, Rebecca/Mikat, Claudia/Zeitter, Ernst** (Hrsg.): Medienerziehung im Kindergarten und in der Grundschule. München: KoPäd 1997
- Röscheisen, Thilo:** Film- und Fernsehproduktion für internationale Märkte. München: Reinhard Fischer 1997 (Bd. 29 der Reihe »medien SKRIPTEN«, Hrsg.: Schenk, Michael)
- Sartorius, Peter:** Seiltanz über den Fronten: als Augenzeuge bei Krisen, Kriegen, Katastrophen. Konstanz: UVK Medien 1997 (= Drucksache 3, Hrsg.: Hömberg, Walter)
- Schauz, Michael:** Video-on-Demand. München: Reinhard Fischer 1997 (= Bd. 28 der Reihe »medien SKRIPTEN«, Hrsg.: Schenk, Michael)
- Schenk, Michael/Rössler, Patrick:** Wirtschaftsberichterstattung in Zeitschriften. München: Reinhard Fischer 1997
- Scherer, Helmut/Brosius, Hans-Bernd** (Hrsg.): Zielgruppen, Publikumssegmente, Nutzergruppen. München: Reinhard Fischer 1997 (Schriftenreihe des Medien Instituts Ludwigshafen, Bd. 5)
- Schierl, Thomas:** Vom Werbespot zum interaktiven Werbedialog. Über die Veränderungen des Werbefernsehens. Köln: Herbert von Halem Verlag 1997 (= Forum Neue Medien, Bd. 1)
- Schönbach, Klaus** (Hrsg.): Zeitungen in den Neunzigern: Faktoren ihres Erfolgs. Bonn 1997
- Schulze, Volker:** Wege zum Journalismus. Ein Ratgeber für die Praxis. Bonn 1997
- Stock, M./Röper, H./Holznagel, B.:** Medienmarkt und Meinungsmacht. Zur Neuregelung der Konzentrationskontrolle in Deutschland und Großbritannien. Berlin: Springer-Verlag 1997
- Süssmuth, Hans** (Hrsg.): Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden. Baden-Baden: Nomos-Verlag 1996
- Szyszka, Peter** (Hrsg.): Auf der Suche nach Identität. PR-Geschichte als Theoriebaustein. Berlin: VISTAS 1997 (Band 6 der Serie Öffentlichkeitsarbeit/Public Relations und Kommunikationsmanagement, Hrsg.: Bentele, Günter)
- Vogel, Andreas/Dorn, Margit:** Die Manager der populären Presse. Verlagsleiter in Deutschland. München: Reinhard Fischer 1997
- Wagner, Hans:** Erfolgreich Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) studieren. München: Reinhard Fischer 1997 (Bd. 4 der Reihe »Kommunikation und Gesellschaft«)

Die angezeigten Monographien und Sammelbände von DGPK-Mitgliedern sind in den letzten Monaten erschienen. Die Redaktion dankt für entsprechende Hinweise.

Lehren aus der Gießener Tagung

Halbzeit zwischen der Fachtagung in Gießen vom Mai 1997 und der nächsten in Mainz – Anlaß für Aviso, das Vorstandsmitglied Hans-Bernd Brosius nach seinen Eindrücken von Gießen und seine Folgerungen für Mainz zu fragen. Nebenstehend seine Erwägungen.

Folgendes Satz würden vermutlich alle, die auf Schloß Rauischholzhausen gefeiert haben, bestätigen: »Wer diesmal die Gießener Tagung vor dem Abschlußfest verlassen hat, der hat wirklich was versäumt«.

Siegfried Quandt und sein Organisationsteam zauberten ein Rahmenprogramm, das es in sich hatte. Höhepunkt sicherlich das Tanzpaar (sie eine Studentin des Gießener Studiengangs), das uns – gemäß des Tagungsthemas – Tänze aus verschiedenen Ländern der Welt nahe brachte. Wie gebannt verfolgten wir die Bewegungen. Wie wohltuend waren nach all der intellektuellen Arbeit und der geistigen Auseinandersetzung diese vereinigenden Unterhaltungsmomente.

Jahrestagungen haben eine besondere Dynamik. Im Zeitalter von E-mail, Telefon und Telefax ersetzen diese immer noch nicht die persönlichen Gespräche am Rande einer solchen Jahrestagung. Gerade deshalb sind Atmosphäre und Timing einer Tagung auch so entscheidend. In Gießen stimmte beides.

Der übliche Get-Together-Abend offenbart geradezu einen Kommunikationsstau: Viele Leute haben sich ein Jahr lang nicht gesehen. Fachliche, aber auch private Neuigkeiten werden ausgetauscht. Höhepunkt des Abends war sicher die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Walter J. Schütz. Die Laudatio von Michael Schmolke und die Dankesrede von Schütz gaben amüsante und nachdenkliche Einblicke in die Zeitgeschichte des Fachs. Schade, daß wir den Ort des Geschehens, die Stadthalle in Gießen, so bald verlassen mußten. Danach verlief sich die große Menge in diversen Kneipen. Bis der Wirt zum Aufbruch mahnte, wurden alte und neue Bekanntschaften gepflegt.

Am zweiten Tag, nachdem sich der Kommunikationsstau erst einmal verkürzt hatte, rückte dann die Gegenwart, sprich die Tagung selbst, in den Mittelpunkt der Diskussionen. Drei Dinge fielen mir in den Gesprächen besonders auf: das Tagungsthema bzw. seine Behandlung, die Mitgliederversammlung und die Unterplena.

Daß das Tagungsthema »Deutschland im Dialog der Kulturen: Medien, Images, Verständigung« von besonderer Bedeutung sei, wurde von allen Plenums- und Festrednern fast beschwörend wiederholt. Die Einführungsvorträge von Georg Ruhrmann und Siegfried Quandt skizzierten den Forschungsstand und gaben Denkanstöße, zweifellos. Dies gilt auch für die Podiumsdiskussion, an der u.a. Bundesaußenminister Kinkel teilnahm.

Allerdings warfen hier einige Teilnehmer ein, die DGPK hätte damit stärker ein Forum zur Selbstdarstellung von Politikern geboten als eine wissenschaftliche Diskussion. Dahinter steckt die eigentliche Konfliktlinie: Soll unsere Gesellschaft selbst mediale Präsenz suchen und dadurch Mechanismen benutzen, die wir vielleicht in anderen Kontexten kritisie-

ren? Oder anders gewendet: Können wir durch Medienpräsenz Probleme der massenmedialen Gesellschaft zugleich kritisieren und lösen? Oder wiederum anders: Profitiert die DGPK davon, wenn die Medien über den Auftritt von Klaus Kinkel berichten?

Ogleich das Zeitbudget der Mitgliederversammlung im Vergleich zu früheren Tagungen reichlicher bemessen war, konnte die Tagesordnung nicht abgearbeitet werden. Das schon bekannte Dilemma, daß durch die nachfolgende Abendveranstaltung Druck auf den Terminplan ausgeübt wurde, war hier noch drastischer als sonst der Fall. Die Busse standen abfahrbereit vor der Tür, der Empfang bei der FAZ in Frankfurt konnte nicht weiter aufgeschoben werden. Dabei schien die Tagesordnung nicht so umfangreich zu sein. Die Diskussion um die DGPK-Strukturreform und die damit einhergehenden Vorschläge zur Satzungsänderung nahmen weitaus mehr Zeit in Anspruch als gedacht. Dabei hätte sich jeder Kenner der deutschen Vereinsszene denken können, daß die Erarbeitung von Satzungsänderungen auf einer Mitgliederversammlung zwangsläufig jeden Zeitplan aus dem Ruder bringt. Gerade vor diesem Hintergrund müssen wir als Vorstand auch Selbstkritik üben. Zwar hatten wir zu Beginn der Tagung schon mit den Fachgruppenleiter/innen über die Satzungsänderungen diskutiert und vorläufige Formulierungen gefunden. Einzelne Punkte hätten aber besser strukturiert und vorbereitet werden müssen.

Die Zusammenstellung der Unterplena erfolgte in der seit Jahren üblichen Weise. Das Tagungsthema wird von der Vorbereitungsgruppe theoretisch in einzelne Dimensionen zergliedert. Für jede Dimension wird dann ein Koordinator bestimmt, der die eingehenden Referatsvorschläge sichtet und in ein Programm des Unterplenums gießt.

Leider entspricht die theoretische Aufteilung des Tagungsthemas nur selten den Forschungsschwerpunkten und den Interessen der Mitglieder. So auch hier: Inhaltsanalysen der Berichterstattung über Ausländer und Interessenten daran gab es zahlreich, andere Unterplena fanden weniger Resonanz. Als Begründung für monothematische Tagungen wird häufig vorgebracht, daß damit eine gewisse Homogenität des Programms gewährleistet sei. Dies schien mir in Gießen – und auch schon bei anderen Tagungen vorher – aber nur scheinbar zuzutreffen. Die Heterogenität in den Unterplena war sehr groß, der Bezug der Referate zum Tagungsthema unterschiedlich eng, bei einigen Vorträgen ließ die Qualität sehr zu wünschen übrig. Besondere Schwierigkeiten hatten einige Vortragende, im vorgegebenen Zeitrahmen die wichtigen Dinge zu sagen.

Ein weiteres Problem der monothematischen Tagungen ist, daß viele Mitglieder schon im Vorfeld von der Teilnahme absehen, weil für sie – anschei-

nend oder tatsächlich – thematisch nichts Interessantes dabei ist. Vermutlich läßt sich dies dadurch vermeiden, daß durch die jetzt beschlossenen Satzungsänderungen die Fachgruppen ein größeres Gewicht bei der Gestaltung der Tagungen erhalten sollen.

Die erste Vorbereitungssitzung für die Mainzer Tagung hat zwar gezeigt, daß sich die Fachgruppen in ihrer neuen Rolle noch zurechtfinden müssen, doch ein Anfang ist gemacht. Die nächsten Schritte in Richtung einer Umstrukturierung der DGPK stehen aber noch aus. Die Organisation einer Gesellschaft mit über 500 Mitgliedern erfordert eine andere, effektivere Struktur.

Trotz dieser kritischen Bemerkungen war Gießen aus meiner Sicht ein Erfolg. Hier wurde von den Organisatoren das richtige Maß aus angenehmer Atmosphäre und straffer Organisation gefunden.

Nach drei vollen Tagen (einschließlich der vorbereitenden Meetings) war für mich aber dennoch ein hoher Erschöpfungsgrad erreicht. Das liegt auch daran, daß zwischen nächtlichen (besser: frühmorgendlichen) Diskussionen über das Ursache-Wirkungs-Prinzip im »Nacht-Cafe« und den ersten Morgensitzungen nicht allzu viel Zeit zur Erholung blieb. Aber auch das gehört zu einer gelungenen Tagung.

Hans-Bernd Brosius, München

Fachgruppe Frauenforschung zur Jahrestagung 1997 in Gießen

Beim Treffen der Fachgruppe Frauenforschung kam es zu einer längeren und kritischen Diskussion über die inhaltliche Gestaltung der Tagung in Gießen, insbesondere im Hinblick auf die Plenumsveranstaltungen. Die Sprecherinnen faßten die drei Kritikpunkte in einem Brief zusammen, den wir nachfolgend wiedergeben:

1. Stark kritisiert wurde die Plenumsveranstaltung am Freitag Vormittag: Der Auftritt des Bundesaußenministers und die anschließende Podiumsdiskussion waren in keiner Weise in eine wissenschaftliche Diskussion eingebettet. Der Selbstdarstellung der Politik Raum zu geben, ohne daß der Sinn eines solchen Auftritts für die wissenschaftliche Auseinandersetzung erkennbar wird, erscheint wenig angemessen für die Jahrestagung einer wissenschaftlichen Vereinigung. Und gerade der Berufsverband der KommunikationswissenschaftlerInnen sollte sich nicht dem Verdacht aussetzen, durch politische Prominenz lediglich eine gewisse Medienpräsenz erreichen zu wollen.

Nach Leipzig und Gießen erscheint uns deshalb eine Diskussion innerhalb der DGPK notwendig, in welchem Rahmen und mit welcher Absicht die Einbeziehung von Politikern in eine Jahrestagung sinnvoll und gewünscht ist.

2. Allgemein kam nach Ansicht der Fachgruppe in den Plenumsveranstaltungen die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Tagungsthema zu kurz. Wenn das eigene Fach möglicherweise zu einem Themenbereich (noch) nicht genügend substantielle Forschungsergebnisse vorlegen kann, spricht dies nicht unbedingt gegen die Wahl eines solchen Themas. Eine Tagung kann ja auch initiierend wirken wollen. Jedoch könnte in einem solchen Fall verstärkt

auf WissenschaftlerInnen benachbarter Disziplinen zurückgegriffen werden.

Daß unser Angebot, die international renommierte Wissenschaftlerin In Ang als Referentin zu gewinnen, auf keinerlei Resonanz gestoßen ist, erscheint uns im Rückblick auf die Tagung zusätzlich unverständlich.

3. Die Plenumsveranstaltungen waren zu 100 Prozent männlich besetzt. »Deutsche Männer diskutieren über Deutschland im Dialog der Kulturen: Wir haben viel über Dominanzkulturen gelernt« – so formulierten die anwesenden Fachgruppen-Mitglieder einmütig ihre Kritik. Nach allerersten positiven Schritten auf Basis des Beschlusses der DGPK-Mitgliederversammlung von 1992, eine angemessene Beteiligung von Wissenschaftlerinnen an den Plenumsveranstaltungen der Jahrestagungen zu sichern, sind wir 1997 wieder beim Punkt Null angekommen.

Wir möchten den Vorstand und die Vorbereitungsgruppe für die nächste Jahrestagung noch einmal nachdrücklich auffordern, für eine angemessene Berücksichtigung von Wissenschaftlerinnen in den Plenen und Unterplenen Sorge zu tragen und darüber hinaus die wissenschaftliche Betrachtung des Tagungsthemas aus der Geschlechterperspektive zu integrieren – das Thema »Zeitgeschichte und Medien« dürfte hier wohl genügend Ansatzpunkte bieten.

Vielleicht sollte noch einmal neu darüber nachgedacht werden, ob eine verbindliche Quote hilfreicher wäre als unverbindliche Absichtserklärungen oder Appelle?

*Jutta Röser, Hamburg
und Ulla Wischermann, Frankfurt*

Kommunikations- und/oder Medienwissenschaft?

Der zu Beginn des Jahres mit einer Beitragsserie in der *Zeit* begonnene Disput über Relevanz und Selbstverständnis des Faches hat AVISO in der vorigen Ausgabe weitergeführt. Mit den auf diesen Seiten publizierten Beiträgen und Voten soll die Selbstreflexion des Faches fortgesetzt werden.

Wider den Dogmatismus der Denk-Schulen

»In der Forschungspraxis werden die verschiedenen Schwerpunkte nicht hermetisch voneinander getrennt, sondern sie überschneiden und inspirieren sich gegenseitig.«

Wer die Eigennamen und Schwerpunkte einer Wissenschaft verstehen will, sollte ihre historische Entwicklung kennen, weil diese auch eine Chronik ihrer Identitätsprobleme und -diskurse im Koordinatensystem anderer Wissenschaften ist. Die deutschsprachige Kommunikationswissenschaft hat bekanntlich eine Geschichte von über 80 Jahren, nannte sich zunächst Zeitungskunde und seit Ende der zwanziger Jahre wahlweise Zeitungs- oder Publizistikwissenschaft. Damals wurden fast ausschließlich historisch-biographische Untersuchungen angestellt, wobei die Presse und ihre Produzenten im Mittelpunkt des Interesses standen. Die meisten »Väter« des Faches beschränkten sich dabei auf dokumentarische und hermeneutische Methoden.

Dieses Erbe hat man in der Konsolidierungsphase der Disziplin nach 1945 zunächst wiederbelebt, doch bereits in den 60er Jahren wurden zunehmend auch Forschungsergebnisse und Theorien ausländischer Fachkollegen rezipiert, vor allem angloamerikanischer Provenienz, die inhaltlich und methodisch aus anderen Traditionen stammten und (Mass) Communications als eine empirisch-nomologische Sozialwissenschaft betrieben, besonders um die Nutzung und Wirkungen von Medienangeboten herauszufinden.

Seitdem hat sich auch in Deutschland allmählich die breitere Bezeichnung Kommunikationswissenschaft durchgesetzt, doch darf daraus keineswegs auf einen allgemeinen Paradigmenwechsel geschlossen werden, sondern lediglich auf ein Neben- und Miteinander alter und neuer Schulen, zu denen (zunächst im Gefolge der Renaissance Kritischer Theorien) schließlich noch die Medienwissenschaft kam, die primär reflexive Konzepte aufgriff und weiterführte.

Diese manchen Beobachter verwirrende Pluralität wird übersichtlicher, wenn man die Namen wissenschaftlichen Problemfeldern zuordnet: Kommunikationswissenschaftler interessieren sich vor allem für Schnittstellen zwischen einzelnen Menschen (Stichwort Interaktion), Publizistikwissenschaftler für Schnittstellen zwischen Mensch und Gesellschaft

(Stichwort Öffentlichkeit) und Medienwissenschaftler für Schnittstellen zwischen Mensch und Kultur (Stichwort Sprache), und dementsprechend dominieren hier sozialpsychologische, da soziologische und dort philologische Konzepte.

Im Spannungsfeld zwischen Mensch, Gesellschaft und Kultur setzen also Kommunikations-, Publizistik- und Medienwissenschaft recht gut unterscheidbare Schwerpunkte und dokumentieren die fortschreitende funktionale Differenzierung einer prosperierenden Gesamtdisziplin, die sich auch im immensen Themenspektrum ihrer Publikationen und in der zunehmenden Segmentierung ihres Fachverbandes widerspiegelt. In der Forschungspraxis werden die verschiedenen Schwerpunkte freilich nicht hermetisch voneinander getrennt, sondern überschneiden und inspirieren sich gegenseitig.

Auch das ist wenig überraschend, denn das Kernproblem aller Forschungsrichtungen liegt in den ubiquitären Defiziten zwischenmenschlicher Verständigung. Um sie zu beheben, brauchen wir zweifellos Medien, die mehr Kontakte und ein besseres multilaterales Verstehen ermöglichen. Kommunikation ohne Medien (i.w.S.) ist nämlich nicht nur unwahrscheinlich, sondern unmöglich, während Zeichen, Sprachen und Instrumente ihrer Vermittlung, Speicherung und Verbreitung erst im Vollzug von Kommunikation zu Medien werden. Der Streit um den trefflichsten Namen ist also ein Streit um des Kaisers Bart.

Paradigmatische Kontroversen sind freilich schwer zu hintergehen und zu schlichten, da sie nicht nur individuell begründet sind, sondern auch systemisch. Brücken fachinterner Verständigung zu bauen, erfordert historische und theoretische Diskurse, doch die daran zu Beteiligten sind allzuoft mehr oder weniger dogmatische Verfechter der von ihnen favorisierten Schulen, und Integrationsversuche sind allzu selten. So gibt es wohl auch weiterhin viel zu tun, namentlich im eigenen Haus.

Joachim Westerbarkey, Düsseldorf

Blick in die Multimedia-Zukunft:

Für eine integrierte, interdisziplinäre und internationale Medien- und Kommunikationswissenschaft

Die schnelle und vielschichtige Medienentwicklung stellt die Wissenschaft vor neue Herausforderungen: Digitale Technik führt ehemals getrennte Medien zusammen. Kommunikationsprozesse werden zunehmend internationaler.

In Multimedienetzen präsentieren sich professionell erstellte Angebote, etwa aus Wissenschaft, Journalismus oder Öffentlichkeitsarbeit, neben laienhaften Angeboten und Formen der Individual- und Gruppenkommunikation wie e-mails und chat-groups. Darüber hinaus sind auch Multimedia-Bildschirme räumlich begrenzt. Sie erfordern entsprechende Oberflächengestaltungen und visuelle Organisationsprinzipien, für die es relativ wenige Konventionen gibt. Die Multimedia-Nutzerinnen und -Nutzer haben nur teilweise die Kompetenz, diese neuen, gemischten Präsentationsformen und Zeichensysteme zu verstehen. Individuell Wertvolles läßt sich nur schwer von Nutzlosem unterscheiden. Die Vielfalt der Angebote führt deshalb einerseits zu neuen Informationschancen, aber auch zu neuen Zuverlässigkeits- und Relevanzproblemen.

Auch die Inhalte von Multimedia sind vielfältig. Zur Zeit überwiegen noch Variationen und Kombinationen konventioneller Schrifttexte. Aus technischen Gründen gibt es bisher nur kurze Bewegtbildsequenzen. Individuell abrufbare Film- und Fernsehprogramme werden aber zukünftig stärker in Multimedienetzen vertreten sein. Die Dominanz von Schrifttexten läßt sich also als Übergangsphase interpretieren. Gerade wegen der unterschiedlichen technischen und inhaltlichen Entwicklungsabschnitte konnten sich aber noch keine einheitlichen Erzählmuster und ästhetischen Darstellungskonventionen herauskristallisieren.

Nutzergruppierungen, die sich oftmals in verschiedenen Zusammensetzungen immer wieder neu bilden, müssen sich kreativ auf diese neuen Präsentationsformen und Inhalte einlassen. Nutzerinnen und Nutzer können einige Elemente stärker mitfestlegen als sonst bei Einzelmedien üblich. Ungeplant entstehen jedoch neue, unterschiedliche Multimedia-Genres und -Inhalte. Nur ein Teil davon wird allmählich – ähnlich wie Fernsehprogramme – für den Freizeitgebrauch angeboten werden. Entsprechende Internet-»Programmzeitschriften« sollen das Online-Angebot überschaubarer machen. Verschiedene Nutzergruppen finden sich zumindest für einige Optionen zusammen und werden dadurch für die werbetreibende Wirtschaft interessant. Nur so lassen sich einige Netzkommunikationen auch teilweise wie-

der als Ansätze einer neuen Massenkommunikation verstehen.

Insgesamt dürfte die Nutzerzahl von Multimedienetzen aber noch einige Jahre weit unter der von Zeitungs-, Hörfunk- oder Fernsehpublika bleiben. Ein Großteil der Bevölkerung bleibt in den nächsten Jahren weiterhin von einer eigenen Multimedienutzung ausgeschlossen. Es ist jedoch eine stärkere Verbreitung multimediegeprägter »Welt-Anschauungen« zu erwarten. Multimedia werden in medien- und kommunikationswissenschaftlicher Perspektive oft nur in ihrer Eigenschaft als teilweise Weiterentwicklungen bisheriger Massen- und Individualmedien betrachtet. Sie sind allerdings bekanntlich auch Weiterentwicklungen von Computertechnik und Telekommunikation. Beide Bereiche stehen vor allem im Kontext beruflicher Nutzung und Anwendung. Das Militär war und ist maßgeblich an der Entwicklung dieser Techniken beteiligt.

Aus dieser Kombination bisher funktional differenzierter Medien und Kommunikationssituationen ergeben sich weitere Verständigungserfordernisse. Sie führt zu einer Vielzahl von Inhalten, die bisherige medien- und kommunikationswissenschaftliche Inhaltsanalysen sprengt. Auch die unterschiedlichen Nutzungssituationen: von bezahlter Berufsarbeit über militärische Befehlsketten zu wissenschaftlicher Forschung und Freizeitunterhaltung weisen über konventionelle, repräsentative Nutzungs- und Gratifikationsstudien hinaus. Für die Medien- und Kommunikationswissenschaft bedeutet dies: Die interdisziplinäre Zusammenarbeit muß weiterentwickelt werden. Die bereits gesicherten Ergebnisse der Medien- und Kommunikationswissenschaft bilden hierfür die Voraussetzung.

Aber viele etablierte Konventionen der Kompetenzen und Vorlieben von Programm-Macherinnen und -machern wie auch von Programmnutzerinnen und -nutzern werden für Multimedia bedeutsam bleiben. Damit muß auch die inzwischen gefährlich gewordene Verkürzung auf nationale Perspektiven überwunden werden. Europäisierungs-, Internationalisierungs- und Globalisierungstendenzen bestimmter Teilbereiche der Multimedienproduktion, -präsentation und -nutzung müssen historisch, genrespezifisch und kommunikationssituationsbezogen genauer bestimmt werden. Die Integration der bisher getrennten Medien- und Kommunikationswissenschaften zu einer Wissenschaft ist hierfür unerlässlich.

Der Diskussionsbeitrag von Peter Ludes und Georg Schütte ist eine überarbeitete und stark gekürzte Fassung eines Beitrags, der im Anschluß an die Zeit-Kontroverse in einer Internet-News-group zu lesen war.

Peter Ludes und Georg Schütte, Siegen

Viel Erfolg und wenig Innovation

Die deutsche Kommunikationswissenschaft muß nachdenken

Dieser Diskussionsbeitrag von Gernot Wersig ist eine gekürzte Fassung seines Aufsatzes, der zunächst in einer Internet-News-group zugänglich war. In der Folge erschien der Beitrag in Heft Nr. 20 der Zeitschrift »Sendschluß«, die von Studierenden am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Freien Universität Berlin herausgegeben wird.

Was hat dieser Wissenschaftskomplex eigentlich hervorgebracht? Gute Praktiker, kleinteilige Studien für Politiker und Wirtschaftsunternehmen und einige theoretische Schnipsel, für die nicht ganz unberechtigt stellvertretend die »Schweigespurale« immer wieder angeführt wird (die ihre Aufmerksamkeit eher der Popularität der Erfinderin und einer weltweiten Ideenflaute verdankt als ihrer Reichweite, Plausibilität und Kreativität).

Das alles ist wichtig und für einen Wissenschaftskomplex notwendig, das macht er ganz brav. Aber der eigentliche Wissenschaftskern in Deutschland lebt eher vom Geborgten – den Ideen der 40er bis 60er Jahre in den USA, den Außenseitern (wie Watzlawick), den Theoretikern anderer Fächer (von Karl W. Deutsch bis Niklas Luhmann). Daß die Wort- und Gedankendrehsler von Flusser bis Bolz in der Öffentlichkeit und bei Studenten mehr Interesse wecken, hat damit zu tun, daß dieser Wissenschaftskomplex wenige eigene tragfähige Ideen, attraktorenähnliche Persönlichkeiten und bedeutsame Werke hervorgebracht hat. Das ist in anderen Ländern auch nicht viel anders. Die bedeutsamen kommunikationswissenschaftlichen Beiträge sind überwiegend vom kommunikationswissenschaftlichen Rand oder von außerhalb geliefert worden.

Insofern hat Silbermann nicht ganz unrecht: Kommunikationswissenschaft ist zum großen Teil ein Gewusel kleinteiliger Arbeiten, das es Scharlatanen, Selbstdarstellern und perspektivlosen Geisteswissenschaftlern, die ein neues Betätigungsfeld suchen (die sich dann meist »Medienwissenschaftler« nennen), leicht macht, Duplizierungen und Trivialisierungen in den Wissenschaftsbetrieb einzuschleusen. Kommunikation/Medien ist der große Anziehungspunkt für solche Profilierungssüchte.

Das ist aber nicht der einzige Grund, warum der Wissenschaftskomplex einen so »verschmierten« Eindruck hinterläßt. Natürlich entspricht ihm ein äußerst attraktiver Praxisbereich und das bedeutet, daß die mächtigen Praktiker sich selber häufig genug als diejenigen fühlen, die alles durchschauen – und so brauchen sie die Wissenschaft nur für die kleinteilige Fleißarbeit, die Bentele so schön beschreibt. Und die Wissenschaftler und Studenten glauben es ihnen (beinahe), hängen an ihren Lippen, machen die Studien, die sie brauchen und sonnen sich im Widerschein der Mächtigen. Die Durchdringung von Wissenschaft und Praxis ist einerseits ein Erfolgskriterium der Ausbildung, andererseits auch ein Faktor der Korruption der Wissenschaft.

Das ist vielleicht das Grundparadox, das dieser Wissenschaft zugrunde liegt – da sie nahe an ihrem Gegenstand wirkt, ist sie sehr erfolgreich und deswegen als Wissenschaft wieder relativ uninnovativ. Wer mehr Abstand hat, kann vielleicht mehr erkennen:

Luhmann hat keinen Fernseher, aber in seiner deutlich erkennbaren Unkenntnis des Mediums hat er doch mehr erkannt als Legionen von gut ausgebildeten Kommunikationswissenschaftlern.

Die neuen Herausforderungen – Digitalisierung, Multimedia, Internet, Virtuelle Realitäten u.ä. – werden damit auch nur brav und kleinteilig forschungsmäßig bearbeitet und integriert werden können – aber unter dem Verlust der Praxisnähe, denn diese Praxis ist viel multidisziplinärer und fachhochschulnäher. Der Schritt zur Kommunikationswissenschaft, die sich dem zentral kommunikativ definierten Phänomen »Informationsgesellschaft« breit und angemessen widmet, scheint von dieser Basis aus nur schwer realisierbar. Zumindest würde es bald notwendig, die z.T. naive Praxisorientierung distanzierter zu betrachten und den Mut zur Weiterentwicklung theoretischer Konzepte zu entwickeln, anstatt sie immer nur zu übernehmen und zu repetieren.

Damit wäre ein bemerkenswerter Punkt der Diskussion erreicht: Die Kommunikations- und Medienwissenschaft gleitet mit Verdiensten und z.T. sogar durch Erfolge in eine Wandlungssituation, die durchaus auch krisenhafte Züge annehmen kann. Mit dem klassischen Mediensystem kam sie ganz anständig zurecht, da reichten auch die Theorievorräte früherer Hochzeiten. Mit den neuen Technologien und deren Organisationsformen, die kaum noch medial gebündelt sind, verlieren bisherige Ordnungskonzepte wie »Medien« oder »Öffentlichkeit« immer mehr an Orientierungskraft, der Mensch als Schnittpunkt vieler Kommunikationsformen muß entdeckt und kommunikationswissenschaftlich aufbereitet werden.

Damit ähnelt die Situation dieses Wissenschaftskomplexes ein wenig der Situation der Soziologie, wie sie kürzlich diskutiert wurde. Auch dort deutet sich eine ähnliche Wendung an, weg von den Kollektiven hin zu den Individuen. Allerdings war die Soziologie-Diskussion doch um Grade ernsthafter, selbstkritischer und gehaltvoller. Erfolg ist gefährlich, insbesondere, wenn man ihn verbal übertreibt.

Insofern hat der lebenserfahrene Silbermann vielleicht doch das richtige Gespür gehabt, daß etwas nicht in Ordnung ist, nur hat er das mit untauglichen Argumenten garniert – der Wissenschaftskomplex beginnt zu kriseln und merkt es nicht und genau das macht ihn angreifbar. Allerdings gibt es in diesem ungeheuer ausdifferenzierten Bereich durchaus Ansätze, die in eine erfolgversprechende Richtung weisen, auch wenn sie nicht die Themen der Jahrestagungen dominieren. Das deutet doch an, daß dieser Wissenschaftskomplex noch nicht so selbstgenügsam erschöpft ist, wie es an manchen Oberflächen, die Silbermann zugänglich waren, erscheinen mag.

Gernot Wersig, Berlin

Januar 1998:

Workshop »Theorien des Journalismus«

Obzwar das Zeitalter journalismusbezogener »Adhologien« (Manfred Rühl) andauert, haben sich die theoretischen Bemühungen der Kommunikatorforschung in den letzten Jahren erheblich differenziert: Die systemtheoretische Diskussion verläuft facettenreich und – auch in sich – keineswegs widerspruchsfrei. Daneben werden, teilweise in bewußter Abgrenzung zum systemtheoretischen Mainstream, vielfältige weitere Ansätze entfaltet.

Vor diesem Hintergrund veranstaltet die Fachgruppe »Journalistik und Journalismusforschung« am 16./17. Januar 1998 einen Workshop zum Thema »Theorien des Journalismus«. Eröffnet wird die Tagung mit einem bilanzierenden Vortrag von Manfred Rühl (Bamberg), der die Diskussionen der vergangenen Jahrzehnte als erlebte »Theorie-Transformations-Geschichte« nachzeichnet. Im Anschluß daran analysiert Michael Haller (Leipzig) die Wechselwirkungen zwischen journalistischer Theorie und journalistischer Praxis.

Über die Perspektiven einer systemtheoretischen Identifizierung des Journalismus diskutiert, in einem zweiten Block, der Politikwissenschaftler Frank

Marcinkowski (Duisburg) mit den Kommunikationswissenschaftlern Matthias Kohring (Ilmenau), Armin Scholl (Berlin) und Bernd Blöbaum (Dortmund).

Ansätze abseits des Mainstreams rücken im dritten Teil in den Fokus: Nach einer Einführung von Elisabeth Klaus (Göttingen) fragt Achim Baum (Kempfen), ob die journalistische Verständigungs-rationalität ein Mißverständnis sei. Christoph Neuberger (Eichstätt) betrachtet den Journalismus als Problembearbeitung, und Hans-Jürgen Bucher (Trier) unternimmt eine sprachwissenschaftliche Annäherung an die Journalismustheorie.

Tagungsort ist die modern ausgestattete Lehr- und Weiterbildungsstätte der Universität Dortmund, gelegen an einem Waldgebiet in Witten-Bommern. Der Workshop beginnt am Freitag, 16. Januar 1998, um 17 Uhr und endet am nächsten Tag ebenfalls um 17 Uhr. Die Kosten für eine Übernachtung mit Vollpension betragen 98 DM im Einzel-, 88 DM im Doppelzimmer. Anmeldungen sind bis zum 20. November 1997 möglich (Berücksichtigung in der Reihenfolge des Eingangs!).

Martin Löffelholz

Tagungsort:

Weiterbildungsstätte
der Universität
Dortmund.

**Informationen und
Anmeldung:**

Martin Löffelholz
Universität Leipzig
Institut für
Kommunikations- und
Medienwissenschaft
Augustusplatz 9
04109 Leipzig
Fax: 0341/ 9735799
E-mail:
mloeffel@rz.uni-leipzig.de

Februar 1998:

Jahrestagung des Arbeitskreises »Kommunikation und Politik«

Begriffe wie »Informationsgesellschaft« oder »Globalisierung« implizieren hohe Erwartungen wie: Interaktivität, neue Formen der Partizipation und der internationalen Produktion. Veränderungen in der Kommunikationsstruktur, bei den Kommunikationsangeboten sowie hinsichtlich der Nutzungsmöglichkeiten werden prognostiziert.

Dabei werden oft nicht nur die technischen und ökonomischen Entwicklungen beschrieben, sondern auch ökonomische und/oder politische Interessen verfolgt. Unter Hinweis auf eine – vermeintliche – publizistische Vielfalt sowie ökonomische Notwendigkeiten (Standortpolitik) werden die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer nationalstaatlichen Medienpolitik bestritten. Doch trotz einer Regulierung der Massenkommunikation, wird sich Medienpolitik auf die neuen Gegebenheiten einstellen müssen, werden neue Akteure sowie neue Formen der Regulierung erwartbar sein.

Genau an diesem Punkt knüpft die Jahrestagung des Arbeitskreises »Kommunikation und Politik« der DGPK und der DVPW am 13./14.2.1998 in

Hamburg an und steht unter dem Thema: »Medienpolitik in der »globalen Informationsgesellschaft«.

Zu den Schwerpunkten »Informationsgesellschaft« und »Globalisierung« am 13.2. referieren unter anderen Prof. Dr. Hans J. Kleinsteuber (Uni Hamburg) zum Thema: »Die Aktualität des Konzepts Informationsgesellschaft« und Prof. Dr. Otfried Jarren (Uni Zürich) zum Thema: »Globalisierung der Medienlandschaft und ihre medienpolitische Bewältigung«.

Am 14.2. geht es um die nationalstaatliche Medienpolitik Deutschlands und anderer Länder. Hierzu regen beispielsweise Prof. Dr. Winand Gellner (Uni Passau) und Stefan Brüne (Deutsches Übersee-Institut Hamburg) mit ihren Vorträgen: »Dem Trend zum Trotz: Der Nationalstaat als wirksamste Medienregulationskraft« und »Die afrikanische Informationsgesellschaft. Akteure, Abhängigkeiten, Demokratisierungspotentiale« zur Diskussion an.

Patrick Donges, Hamburg

Tagungsort:

Haus Rissen
Rissener Landstraße 193
22559 Hamburg

Anmeldung:

schriftlich bis zum
30.11.1997 bei:
Hans-Bredow-Institut
z.Hd. Patrick Donges
Heimhuder Straße 21
20148 Hamburg
Tel.: 040/450217-43
Fax: 040/450217-77
E-mail:
Donges@mail.hbl.uni-
hamburg.de

Tagungsbeitrag:

170,- DM (incl. Ü. / VP)
Bitte bis 30.11.1997
überweisen an:
Hans-Bredow-Institut,
Stichwort DGPK/DVPW
Jahrestagung,
Hamburgische
Landesbank,
BLZ 200500 00,
Konto 173 922 040

Claudia Dillmann-Kühn Die Geschichte des Films rekonstruieren und dokumentieren

In der Rubrik »Netzwerk« stellen wir Institutionen und Einrichtungen der Kommunikationsforschung vor.

Diesmal: Das Deutsche Institut für Filmkunde e.V. (DIF) in Frankfurt und Wiesbaden.

Die Autorin ist seit Februar 1997 Leiterin des Instituts.

Wer sich mit »Film« beschäftigt, sucht Informationen: Namen, Daten, Hinweise auf Produktionszusammenhänge, Auswertungsergebnisse, Meinungsbilder, Wirkungszusammenhänge. Diese Informationen zu sammeln, aufzubereiten, auszuwerten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist eine der Hauptaufgaben des Deutschen Instituts für Filmkunde (DIF); die andere lautet, die Filme selbst zu sammeln, zu konservieren und gegebenenfalls zu restaurieren, um sie durch Vorführungen im Kino am Leben zu halten. Beide Aufgaben dienen dem Ziel, das Wissen über Film und sein Wechselspiel zwischen Technik und Ästhetik, Kunst und Kommerz, Intention und Wirkung zu befördern, mit dem Wissen auch das Verstehen zu vertiefen und mit dem Verstehen eine andere Haltung zum Medium zu ermöglichen, die kritisch sein soll, aber die Liebe zu den bewegten Bildern mit einschließen darf.

Eine Sammlung von Filmen und eine Informationssammlung zu Filmen bildet also den Grundstock des DIF: hunderttausende von Zeitungsartikeln zu Filmen, die in bundesdeutschen Kinos gelaufen sind; zehntausende Artikel zu Regisseuren und Schauspielern, zu Produktionsfirmen oder Genres, Fachzeitschriften aus aller Welt, Filmprogramme, Verleihhefte und Zensurkarten bis zurück in die Anfänge des Films – Berge von Papier, 280.000 Mikrofiches, Tausende von Karteikarten, 47.000 Bücher in der Bibliothek und 1,5 Millionen Fotos. Was das DIF zu einem in Deutschland einzigartigen Dokumentationszentrum Film macht, sind die Vollständigkeit und der hohe Grad der Aufarbeitung dieses Materials, die es einem nun fast fünfzigjährigen systematischen Sammeln und Auswerten verdankt – und dem Wissen und der Erfahrung der langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

1947 wurde der Vorläufer des DIF, das »Archiv für Filmwissenschaft« von dem Privatsammler Hanns-Wilhelm Lavies in Marburg gegründet, wenig später siedelte es durch Vermittlung von Curt Oertel ins Biebricher Schloß nach Wiesbaden um und half dort beim Aufbau der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK). 1949 benennt sich das Archiv in Deutsches Institut für Filmkunde um und wird ein Jahr später eine Abteilung der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO), für die das DIF filmwissenschaftliche Informationen zusammenstellt. Im November 1952 wird das DIF Vollmitglied in der weltweiten Vereinigung der Filmarchive, FIAF. Seit 1956 ein eingetragener Verein, erhält es erst 1967 eine neue, bis heute bestehende Organisationsform durch die öffentliche Hand: Träger sind das Bundesministerium

des Innern, das Land Hessen, die Städte Frankfurt und Wiesbaden, die SPIO, die Friedrich Wilhelm Murnau-Stiftung, das ZDF und die ARD, vertreten durch die Degeto.

Durch Hilmar Hoffmann, den damaligen Frankfurter Kulturdezernenten, wird das DIF eingebunden in das Konzept des Frankfurter Museumsufers, zieht 1982 von Wiesbaden nach Frankfurt um und 1984 in das neu eröffnete Deutsche Filmmuseum. Die Abteilung Filmarchiv bleibt in Wiesbaden. Gemeinsam mit der Stiftung Deutsche Kinemathek Berlin und dem Bundesarchiv/Filmarchiv nimmt das DIF die Aufgaben einer deutschen Kinemathek wahr.

Als Institution, die erst in privater Hand war, dann in filmwirtschaftlicher Obhut und heute in öffentlicher Trägerschaft arbeitet, ist das DIF – stärker als vergleichbare Einrichtungen – eingebunden in ein Beziehungsgeflecht, in dem filmwirtschaftliche, filmwissenschaftliche, filmkulturelle und filmpolitische Interessen wirken.

Das Filmarchiv des Deutschen Instituts für Filmkunde umfaßt rund 11.000 Titel. Dies sind sowohl Negative als auch Positive, Spiel- und Kurzfilme. Ein kleiner Bestand an Nitro-Filmen wartet auf die Umkopierung auf Sicherheitsmaterial. Schneidetische, Prüftische und Umröller gehören zur technischen Ausrüstung des Filmarchivs, um die Filme fachgerecht zu bearbeiten.

Der deutsche Film bildet den Sammlungsschwerpunkt des Filmarchivs, hier insbesondere der Stummfilm. Nahezu alle Klassiker der noch erhaltenen Stummfilme sind mittlerweile in möglichst optimaler Fassung vorhanden, so etwa »Dr. Mabuse, der große Spieler« von Fritz Lang oder »Schuhpalast Pinkus« von Ernst Lubitsch. Auch herausragende Tonfilme der Zeit vor 1945 wie »Münchhausen« oder »Die Drei von der Tankstelle« sind in integralen Fassungen vorhanden. Doch ganz bewußt setzt das Filmarchiv das Augenmerk nicht ausschließlich auf die klassischen Filme, auch sog. Randgebiete der frühen deutschen Filmgeschichte werden berücksichtigt. Ständig erweitert wird der Bestand des Filmarchivs durch Übernahmen von Filmbeständen von Filmverleihern, so ging ein Großteil des Filmstockes der Constantin-Film in den 70er Jahren ins Filmarchiv, vor kurzem wurde ein großes Kontingent des atlas-Verleihs übernommen. Vor allem gingen auch komplette Archive deutscher Werbe- und Dokumentarfilmproduzenten der Zeit nach 1945 als Deposita in den Bestand des Filmarchivs über, so die Produktion der Münchner

Insel-Film und der Commercial Film aus Köln. Im Jahre 1966 übertrug die Friedrich Wilhelm Murnau-Stiftung, die Rechtsnachfolgerin des reichseigenen Filmvermögens, dem DIF die nichtkommerziellen Verleihrechte an den Produktionen des Herstellers Ufa samt deren Tochterfirmen. Seitdem hält das DIF neben dem Archivmaterial von diesen Ufa-Titeln, die praktisch alle Klassiker des frühen deutschen Films wie »Metropolis«, »Nosferatu« oder »Das Cabinet des Dr. Caligari« einschließen, Verleihkopien bereit, die an Interessenten beispielsweise aus dem Bereich der kommunalen Filmarbeit u.a. ausgeliehen werden können.

Ein Verleihkatalog über den Filmbestand des DIF, der zur Ausleihe zur Verfügung steht, entstand 1986 in Zusammenarbeit mit der Berliner Stiftung Deutsche Kinemathek, das Filmangebot des DIF ist mittlerweile über Internet zu erfahren.

Die Arbeit der Filmrekonstruktion des Deutschen Instituts für Filmkunde erfolgt auf zwei Ebenen. Zunächst gilt es, die eigenen Bestände an Nitro-Filmen auf Sicherheitsmaterial zu übertragen. Ca. 500 Filmrollen warten derzeit noch im Nitro-Lager in einem Bunker aus dem Zweiten Weltkrieg auf die Bearbeitung, darunter Kurzfilme aus der Frühzeit der Filmgeschichte, zum Teil unidentifiziert, aber auch komplette Spielfilme aus der Stummfilmzeit, die bisher als verschollen galten. Auf einer zweiten Ebene beteiligt sich das DIF bei Rekonstruktionen bedeutender deutscher oder internationaler Stummfilme durch Rechercharbeiten und/oder durch technische Hilfe bei der Rekonstruktion.

Seit dem 16. April 1980 verfügt das Deutsche Institut für Filmkunde über eine eigene Abspielstätte: das Caligari. Jeden Montag präsentiert das DIF eine Filmprogrammsschiene, die zunächst »Archivkino Caligari« heißt.

Das Hauptaugenmerk der Filmauswahl liegt zunächst beim deutschen Stummfilm, einem Sammlungsschwerpunkt des DIF, der nun im Caligari in möglichst authentischer Form vorgestellt wird, wobei die Bedeutung des Einzelfilms auch immer im Zusammenhang zu anderen zeitgenössischen Werken gebracht wird. Diese Filmreihen umfassen seit Initiierung des Caligari Retrospektiven zu Personen, Genres und Themen. Auch der frühe deutsche Tonfilm wird im Caligari von Beginn an durch sorgfältig ausgewählte Programme vorgestellt. Seit 1992 veranstaltet das Deutsche Institut für Filmkunde jährlich das »MusikFilmFest«, das möglichst lückenlos Avantgarde- und underground-Filme vorstellt (zumeist in deutscher Erstaufführung), die einen Bezug zur Pop-Kultur herstellen und ästhetisch eine Synthese zwischen Musik und Film vollziehen. Dieses Festival gibt jungen Regisseuren die Möglichkeit, eigene Werke dieses Genres vorzustellen.

50 Jahre kontinuierliches und systematisches Sammeln und Auswerten: das ist das eigentliche Vermögen des DIF, von dem Nutzerinnen und Nutzer profitieren, die zudem auf einen Beratungsservice

durch ein hochspezialisiertes Team rechnen können. Den Reichtum der Sammlungen und den hohen Grad ihrer Aufarbeitung darzustellen und verstärkt einzusetzen, wird die Hauptaufgabe der nächsten Jahre sein. Das DIF wird sich dabei verstärkt auf die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien stützen, die es erlauben, die Komplexität des Themas Film mit komplexen Verbindungen der unterschiedlichen Materialien adäquat darzustellen: seit dem 20. Oktober dieses Jahres ist das DIF im Internet vertreten (<http://www.filminstitut.de>), mit den anderen Partnern im Kinemathekenverbund erarbeitet es derzeit ein Bestandsverzeichnis der Materialien zu den 100 wichtigsten deutschen Filmen, das auf CD-Rom erscheinen soll.

In Zusammenarbeit mit der Frankfurter Universität entsteht zudem ein Projekt, das sich der Fragestellung widmet, welche Filme in den Augen der heutigen Generation im besonderen Maße die Geschichte der Bundesrepublik widerspiegeln. Die Ergebnisse und Materialien wollen DIF und Universität gemeinsam im Internet und in Filmreihen präsentieren; schließlich sollen weitere Bestände aus den zwanziger Jahren elektronisch publiziert werden: die Gutachten der obersten Zensurbehörde beispielsweise, ergänzt durch ausführliche Filmografien, Rezensionen, Fotos und Informationen.

Und zum Thema »Öffnung des Archivs« gehört auch, daß das DIF regelmäßiger die filmwissenschaftliche Forschung mit der Herausgabe von Materialien fördern wird: wir beginnen mit einem Index von Paimanns Filmlisten, für all jene von Nutzen, die für die Stummfilmzeit deutsche Verleihtitel ausländischer Produktionen (und umgekehrt) recherchieren. Die Recherchemöglichkeiten in der Bibliothek, in den Sammlungen von DIF und der Beratungsservice des DIF sind umfassend. Wir machen uns darauf gefaßt, daß durch eine verstärkte Öffnung des Instituts nach außen die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer der Bibliothek (1996: 2351), der Fachbesucherinnen und -besucher der Sammlungen (derzeit rund 300 pro Jahr), der telefonischen (rund 1350) und der schriftlichen Anfragen (rund 330) steigen wird. Auch wenn dies mehr Arbeit bedeutet: es ist gewünscht. ■

Fußnotenmuseum XIV

»Nach den Erfahrungen des Allensbacher Instituts ist unter Interviewern in Großstädten ein höherer Prozentsatz an Fälschern zu erwarten als unter Interviewern in Dörfern, neigen Männer mehr als Frauen, Angestellte und Beamte mehr als Arbeiter und Selbständige zu Fälschungen.«

Aus: Elisabeth Noelle-Neumann: *Umfragen in der Massengesellschaft – Einführung in die Methoden der Demoskopie*, Rowohlt: Reinbek bei Hamburg 1963, Seite 197, Fußnote Nr. 38.

STECKBRIEF

Deutsches Institut
für Filmkunde
Schaumainkai 41
60596 Frankfurt am Main

Telefon 069/961220-0
Fax 069/620060
<http://www.filminstitut.de>

Filmarchiv:
Kreuzberger Ring 56
65205 Wiesbaden

Telefon 0611/723310
Fax 0611/9770819

Beratung und
Arbeitszeiten in den
Archiven sind nur nach
vorheriger Absprache zu
ermöglichen.
Montags ist in Frankfurt
das Haus geschlossen.

Öffnungszeiten:
Dienstag bis Donnerstag
9–12 und 13–17 Uhr;
Freitag
9–12 und 13–16 Uhr.

MEDIENWISSENSCHAFT UND MULTIMEDIA

Das große Online-Palaver

Namen & Nachrichten

Romy Fröhlich erhielt einen Ruf auf die C3-Professur »Journalistik und Öffentlichkeitsarbeit unter besonderer Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte« an der Sektion für Publizistik und Kommunikation der Ruhr-Universität Bochum.

Siegfried J. Schmidt, Professor an der Universität/Gesamthochschule Siegen, hat den Ruf auf die C4-Professur »Kommunikationstheorie und Medienkultur« an der Universität Münster zum Beginn des Wintersemesters angenommen.

Siegfried Weischenberg, Professor an der Universität Münster, hat den Ruf auf die C4-Professur »Medientheorie und Medienpraxis« an seiner Universität (Hausberufung) erhalten und angenommen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK).

Redaktion:
Michael Haller (verantwortl.),
Jochen Schlevoigt (Layout)

Erscheinungsweise:

Dreimal jährlich.

Anschrift der Redaktion:

Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig
Augustusplatz 9
04109 Leipzig
Telefon: 0341/9735760
Telefax: 0341/9735746
E-mail: jschle@rz.uni-leipzig.de

**Redaktionsschluß
der nächsten Ausgabe:
15. Januar 1998**

Die Bundesregierung spricht in ihrem kürzlich vorgelegten Bericht »Information 2000 – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft« von einem durch die neuen Medien initiierten epochalen Wandel der Lebensverhältnisse, der ähnlich einschneidend sei wie der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft.

Die Kommunikations- und Medienwissenschaften haben sich sehr zielstrebig um die forschende Begleitung dieses Wandels gekümmert. Mehr als fünfzig wissenschaftliche Publikationen haben wir gezählt, die seit Beginn dieses Jahres im deutschen Sprachraum zum Themenfeld »Online-Medien« und »Multimedia« publiziert worden sind: Begleituntersuchungen, Fallstudien, Datenerhebungen, Analysen, Sekundärauswertungen, wissenschaftliche Essays.

Die meisten dieser Veröffentlichungen nennen weitgehend konsonant vier Hauptmerkmale als Voraussetzungen dieses Wandels: Digitalisierung der Programme, globale Verfügbarkeit von Information; nachfragegesteuerte Angebote und Interaktivität bei deren Nutzung. Dies sind zugleich die von der Multimedia-Industrie seit einigen Jahren mit sehr viel Werbeaufwand proklamierten Produkt-Innovationen, die zur Blüte der Online-Medien und so zum Anbruch einer neuen Gesellschaftsformation führen sollen.

Folgt man den implizit gelieferten Argumentationslinien in vielen dieser Publikationen, dann ist der durchschlagende Erfolg der neuen Medien bereits ein objektiver Tatbestand und somit das Apriori neuer Verhaltensweisen im Kommunikationsprozeß.

So zum Beispiel die Diskussion der Auswirkungen auf die klassischen Medien und den Journalismus: Mehrere Kolleginnen und Kollegen zeigen kassandrische Fähigkeiten und zeichnen die Vision des Verfalls, gar des Untergangs der journalistischen Profession. Das Ende der Institution Öffentlichkeit wird angekündigt und der Verlust des Bewußtseins für gesellschaftliche Relevanz konstatiert. Andere schreiben euphorisch vom Zeitalter des Individualismus, wenn die neue Generation der vernetzten Internet-User sich holen wird (»pull«), was sie wissen will: alles und sofort. Wiederum andere medienwissenschaftliche Autoren sehen hier einen ungeheuren Transformationsprozeß, der aus Mediennutzern multimedial erfahrene Interakteure und aus Journalisten technisch top versierte Multimedia-Producer mache. Den Reporter vor Ort oder den Kulturkritiker werde die nächste Generation nur noch aus Erzählungen der alten Generation, also aus der (per Internet heruntergeladenen) Literatur kennen.

Vieles davon sind interessante Erwägungen und kühne Spekulationen. Doch unter wissenschaftskritischem Blickwinkel klingt diese Diskussion eher wie

ein Palaver, dem der Boden des Tatsächlichen fehlt. Es fällt nämlich auf, daß die meisten Publikationen Meinungen von »Medienentscheidern« über den Medientrend abgefragt haben oder demoskopisch erhobene Nutzerdaten interpretieren: hier wie dort Artefakte.

Es wäre zu billig, wollte man einen Zusammenhang zwischen den Auftrag- bzw. Geldgebern so mancher dieser Studien und dem online-faszinierten Erkenntnisinteresse der Verfasser herstellen. Dennoch ist die Selbstverständlichkeit beeindruckend, mit der viele Prämissen der vorab gerühmten Informationsgesellschaft als empirisch gesichert behauptet werden. Die zwei populärsten sind:

■ Bei Erwachsenen unter 30 Jahren bestehe eine geradezu euphorische Online-Akzeptanz und eine anwachsende Kompetenz im Umgang mit Online-Multimedia.

■ Unter den jungen Mediennutzern wandle sich das Medienverhalten grundlegend, indem der Onliner selbstbestimmt und wählerisch das für ihn Interessante selektieren und verwerten könne.

Unter den von uns durchgesehenen Publikationen befand sich keine, die solche Trendbehauptungen mit Hilfe valid angelegter Begleituntersuchungen empirisch überprüft hätte; man stütze sich vielmehr auf wissenschaftlich ungesicherte, industriell gefertigte Mediadaten und/oder auf Fragebogenerhebungen, die das tatsächliche Online-Verhalten nicht abzubilden vermögen.

Es scheint demnach, als werde vorerst der Prozeß der Veralltäglichen des Online-Mediums durch schöne neue Marketing-Mythen mit Hilfe der Wissenschaften eher vernebelt als aufgeklärt. *MH*

Schlußwort

»Nach den Bilderstürmern der Gegenreformation können wir nun, am Ende des 20. Jahrhunderts, die Wörter-Stürmer beobachten, die weniger spektakulär, aber dafür umso hartnäckiger die Bibliotheksetats kürzen, die Bücher verteuern, die Diskussionsplätze abschaffen, die Wörter verbannen oder den Platz für Wörter verkleinern, Meinungen auf ein, zwei Sätze reduzieren, die Sätze kürzen, die menschliche Stimme beschneiden, usw.«

Friedrich Christian Delius: Die Verlockungen der Wörter oder Warum ich immer noch kein Zyniker bin. Transit Buchverlag: Berlin 1996.